

DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE

Ausgabe 5/2013

Glück auf!

INNOVATIV
STARK
SOZIAL
für eine gerechte Arbeitswelt

PRO-GE
DIE PRODUKTIVITÄTSGEWERKSCHAFT
2. GEWERKSCHAFTSTAG

Aufbruch in die Zukunft

Weichenstellung am 2. Gewerkschaftstag der PRO-GE



- Die Geschichte vom Weihnachtsgeld
- Jetzt mitmachen: **Geldpreise** der ÖGJ und **PRO-GE Trolleys** zu gewinnen!

PRO-GE

Inhalt:



DAS WAR DER GEWERKSCHAFTSTAG!

Unter dem Motto „INNOVATIV – STARK – SOZIAL für eine gerechte Arbeitswelt“ stellte die PRO-GE auf ihrem 2. Gewerkschaftstag von 25. bis 27. November die Weichen für die Zukunft. Die Delegierten legten im Arbeitsprogramm die Ziele der Produktionsgewerkschaft für die nächsten fünf Jahre fest und Rainer Wimmer wurde als Vorsitzender bestätigt. Die „Glück auf!“ widmet dem höchsten Gremium der PRO-GE einen achtseitigen Schwerpunkt. Plus: Vier Jahre PRO-GE, zusammengefasst anhand unserer Titelseiten. Seiten 4 bis 13

ARBEITERKAMMERWAHLEN 2014

Im ersten Halbjahr des kommenden Jahres sind alle ArbeitnehmerInnen aufgerufen, bei den Arbeiterkammerwahlen ihre Stimme abzugeben. In der „Glück auf!“ erklärt AK-Präsident Rudi Kaske, warum diese Wahlen wichtiger sind, als viele denken. Seite 15

HERBSTLOHNRUNDE 2013

Die diesjährigen Kollektivvertragsverhandlungen in Metallindustrie und Bergbau sind nur knapp an einem Streik vorbeigeschrammt. Rund 300 Betriebsversammlungen waren nötig um den Arbeitgebern einen Abschluss abzurufen. Seiten 16 bis 17

SCHOTTISCHER KAHLSCHLAG

Einer der bedeutendsten Industriestandorte Schottlands, die Raffinerie Grangemouth, steht vor dem Aus. Die Industriegewerkschaft Unite kämpft gegen den neoliberalen Kahlschlag, der eine ganze Region in eine Krise schlittern lassen könnte. Seite 18

IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. DVR-Nr.: 0046655. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chef vom Dienst: Mathias Beer. Redaktion (glueck-auf@proge.at): Barbara Trautendorfer, Robert Wittek, Karin Prokop, Wolfgang Purer, René Schindler, Martina Schneller. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Niki Menger (Titel). Fotos: PRO-GE, APA-Picturedesk, Fotolia, Gastein Tourismus, Simone Riepl, Markus Ender. Rätssel: Vera Ribarich. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Blickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 17. Jänner 2013.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25: www.glueckauf.at/offenlegung

DER KV SICHERT DAS WEIHNACHTSGELD

Ob Christkind oder Weihnachtsmann alljährlich die Geschenke bringen ist weiterhin umstritten. Klar hingegen ist: Das Weihnachtsgeld bringen beide nicht und auch im Gesetz steht davon nichts. Weihnachts- und Urlaubsgeld regelt allein der Kollektivvertrag. Seite 21

Verwechslung des Monats

Unbezahlte Überstunden

68 Millionen unbezahlte Überstunden, das sind 23 Prozent aller geleisteten Überstunden, wurden laut Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes (WIFO) 2012 landesweit geleistet. Die Vorteile für die Unternehmen liegen auf der Hand: Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes und weniger Personalkosten. Kein Wunder also, dass uns Georg Kapsch, Präsident der Industriellenvereinigung einreden will, dass die Beschäftigten selber die Überstunden machen wollen. Nur eigenartig, dass besonders in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit besonders viele unbezahlte Überstunden geleistet werden. Mögliche Motivation: Angst um den Arbeitsplatz. Vielleicht hat der IV-Präsident nur verwechselt, dass zwar gerne Überstunden geleistet werden, allerdings nur wenn es nicht dauernd sein muss und vor allem nur, wenn sie auch bezahlt werden!

KURZ NOTIERT

Arbeitsklimaindex – Betriebsrat

Der Arbeitsklimaindex der Arbeiterkammer Oberösterreich zeigt auf: Immer weniger Betriebe, vor allem im privaten Bereich, haben einen Betriebsrat, und das wirkt sich auf die Beschäftigten aus. Nur noch 48 Prozent der Beschäftigten in Österreich haben einen Betriebsrat in ihrem Unternehmen. Vor zehn Jahren waren es noch 63 Prozent. Dabei sind MitarbeiterInnen in Betrieben mit Vertretung zufriedener als ohne, bestätigt die Erhebung der Arbeiterkammer. Außerdem setzen Privatbetriebe mit Betriebsrat fast doppelt so häufig gesundheitsfördernde Maßnahmen.



Bangladesch: 140 Textilfabriken wegen Streiks geschlossen

Wegen der niedrigen Löhne und schlechten Arbeitsbedingungen gingen im November Tausende NäherInnen auf die Straße, um gegen den von der Regierung angekündigten neuen Mindestlohn zu protestieren. Fast 140 Fabriken blieben deshalb geschlossen. Bei den Protesten der TextilarbeiterInnen in Bangladesch gegen Niedriglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen sind mindestens zwei Menschen getötet worden. Trotz der Erhöhung des Mindestlohns gehören die TextilarbeiterInnen in Bangladesch weiter zu den am niedrigsten bezahlten in der Welt. Dazu kommen oft schlechte Arbeits- und Sicherheitsbedingungen.



Schoko-Check: Nikolaus sieht rot

Anlässlich des Nikolausfestes im Dezember haben sich Greenpeace, Südwind, der Verein für Konsumenteninformation und die Gewerkschaft PRO-GE Schokolade-Nikolos genauer angeschaut. Insgesamt hat das Greenpeace-Marktcheck-Team im Rahmen des jährlichen Checks 23 in Österreich erhältliche Produkte auf ökologische Kriterien, Tierschutz und soziale Aspekte hin geprüft. Fazit: Nur drei Schoko-Nikolos haben beim Check in allen Bereichen grünes Licht bekommen.

Mehr Infos unter: at.makechocolatefair.org

Kinderbetreuung schafft Arbeit

Viele Eltern wünschen sich mehr Kinderbetreuungsplätze, bessere Öffnungszeiten und einen günstigeren Betreuungsschlüssel in Kinderkrippen und Kindergärten. Die Arbeiterkammer hat nachgerechnet und herausgefunden: Der konsequente Ausbau der Kinderbetreuung wäre für den Staat sogar eine nachhaltig lukrative Sache. Investitionen in Kinderbetreuung schaffen Beschäftigung und beleben Konsum wie Konjunktur.

Mehr Infos unter: www.arbeiterkammer.at



Rainer Wimmer,
Bundesvorsitzender der PRO-GE

DANKE FÜR EURE MITGLIEDSCHAFT

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an unserem zweiten Gewerkschaftstag Ende November haben wir Bilanz über die vergangenen vier Jahre gezogen und ein neues Arbeitsprogramm festgelegt. Wir sind auch künftig aufgefordert, neue Ideen zu entwickeln, um das Beste für unsere Mitglieder zu erreichen. Es geht um Verteilungs- und Chancengerechtigkeit etwa beim Einkommen, bei der Arbeitszeit, bei den Pensionen oder bei der Bildung. Die PRO-GE wird auch künftig mit aller Kraft für soziale Sicherheit und für eine gerechte Arbeitswelt kämpfen. Wir schaffen die kommenden Herausforderungen aber nur gemeinsam. Ich danke herzlich allen Mitgliedern sowie Betriebsrätinnen und Betriebsräten für die gelebte Solidarität und wünsche euch frohe Festtage und ein erfolgreiches Jahr 2014.

Glück auf!
Rainer Wimmer



Mathias Beer
Chefredakteur

LOHNSTEUERSENKUNG & REICHENSTEUER

Alle wollen einen sparsamen Staat, aber niemand will Kürzungen bei notwendigen Leistungen. Die Herausforderung heißt, nicht einfach durch Kahlschlag oder Massensteuern das Budget zu entlasten. Eine Anhebung der Mehrwertsteuern würde zwar schnell viel Geld bedeuten, dies allerdings auf Kosten der ArbeitnehmerInnen und der Kaufkraft.

Mehr als 80 Prozent der Steuern und Abgaben kommen von den Löhnen und dem Konsum. Nur ein geringer Anteil an den Beiträgen kommt von Vermögen. Dies greift auch das neue Arbeitsprogramm der PRO-GE (Seite 10) auf und bietet konkrete Vorschläge, wie es anders geht: zum Beispiel mit einer Lohnsteuersenkung und der Einführung einer Reichensteuer als Gegenfinanzierung. Es ist unverständlich, wenn einige noch immer die ArbeitnehmerInnen weiter belasten wollen, statt von den Millionärinnen und Millionären einen höheren Beitrag einzufordern.

Der 2. PRO-GE Gewerkschaftstag

Von 25. bis 27. November tagte im Austria Center Vienna das höchste Gremium unserer Gewerkschaft. 1.200 TeilnehmerInnen berieten und informierten sich beim Gewerkschaftstag. Hier die Highlights.

SV-Selbstverwaltung sichern!

Wir bauen unsere Zukunft!

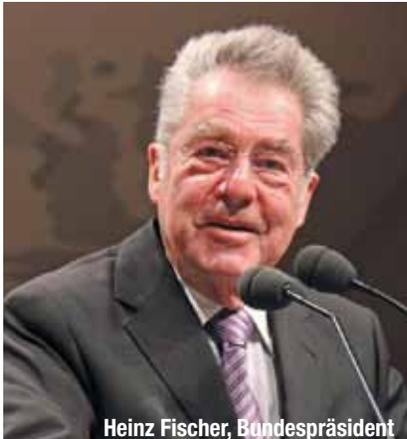
€ 1.500,- Mindestlohn!

Vermögenssteuer!



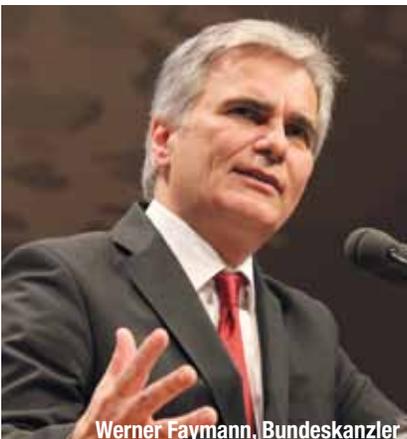
Innovativ – Stark – Sozial

Von 25. bis 27. November fand im Wiener Austria Center der zweite Gewerkschaftstag der PRO-GE statt. Rund 1.200 TeilnehmerInnen machten die Konferenz zu einem Erlebnis. Ehrengäste aus Politik und Wirtschaft sowie aus dem Ausland waren zu Gast. Rainer Wimmer wurde mit 99 Prozent wiedergewählt.



Heinz Fischer, Bundespräsident

„Ich erinnere mich an die positive und optimistische Stimmung beim Gründungsgewerkschaftstag der PRO-GE vor vier Jahren, mitten in der Wirtschaftskrise. Ihr habt in diesen vier Jahren beweisen können, wie wichtig Gewerkschaften für Österreich sind.“



Werner Faymann, Bundeskanzler

„Die Stärke Österreichs, um die uns viele in der Welt beneiden, ist ein respektvoller Umgang mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.“

2009 wurde die PRO-GE aus der Gewerkschaft der Chemiarbeiter und der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung gegründet. Es war die Zeit der größten Wirtschaftskrise in der Zweiten Republik. „Die Gründung der PRO-GE war richtig und wichtig und hat sie als starke ArbeiterInnenvertretung alle Erwartungen und Hoffnungen erfüllt“, sagte Bundesvorsitzender Rainer Wimmer in seiner Eröffnungsrede am 25. November im Austria Center Vienna. Der PRO-GE Chef erinnerte zum Beispiel an die Kurzarbeitsvereinbarungen – getragen von den Sozialpartnern – und an die guten Kollektivvertragsabschlüsse, die die Kaufkraft gestärkt und eine verhängnisvolle „Spirale nach unten verhindert“ haben.

Innovativ. Beim Thema Arbeitszeit sagte Wimmer, dass neue Modelle wie die Freizeioption (Istloohnerhöhung kann 2013 in der Elektronikindustrie und im Metallindustrieverband Bergbau-Stahl in nachhaltige Freizeit umgewandelt werden) weiter ausgebaut werden müssten. Dies liege aber vor allem am Willen und an der Innovationsbereitschaft der Arbeitgeberseite. Zudem fehle es an altersgerechten Arbeitsplätzen: „Die Menschen sollen länger im Arbeitsprozess bleiben, aber wir brauchen dafür auch die Arbeitsplätze!“

„Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Leistungsträger der österreichischen Wirtschaft. Sie verdienen respektvoll behandelt zu werden“, stellte AK-Präsident Rudolf Kaske fest. „Wo Reform draufsteht, dürfen nicht Verschlechterungen drin sein“, forderte Kaske gerechte Entlohnung für Männer und Frauen, altersgerechte Arbeitsplätze und Arbeitszeiten, die auf den Schutz der Gesundheit Rücksicht nehmen. „Es geht uns alle an, wie es den ArbeitnehmerInnen auf der ganzen Welt geht. Danke für die internationale Solidarität“, sagte

Monika Kemperle, stv. Generalsekretärin der IndustriALL Global Union, in ihrer Rede und verwies auf die aktive Rolle der PRO-GE. Es gelte, gerade in jenen Ländern Verbesserungen für die ArbeitnehmerInnen zu erreichen, die wenig oder keine Mitbestimmung kennen oder in denen gewerkschaftliche Organisation oftmals auch ein Todesurteil bedeute.

Stark und sozial. „Die Zukunft Österreichs liegt nicht im Sozialabbau, sondern im Ausbau unserer Stärken“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann und verwies unter anderem auf ArbeitnehmerInnenrechte und das Pensionssystem. „Für Zynismus haben wir nichts über“, kritisierte er die Diskussion um die Anhebung des Pensionsalters in Anbetracht der Tatsache, dass derzeit schon die Hälfte der ArbeitnehmerInnen ihre Pension aus Arbeitslosigkeit oder Krankenstand antritt. Für das gemeinsame Europa forderte



Monika Kemperle,
stv. Generalsekretärin
IndustriALL Global Union

„Wir haben in Bangladesch mit dem Abkommen für Gebäudesicherheit und Brandschutz einen Meilenstein setzen können. Das ist nur der internationalen Solidarität zu verdanken und dem Druck der Gewerkschaften.“



Matthias Voges, Betriebsrat OMV

„ Die Jugend muss kämpferisch und frech auftreten. Von der Jugendarbeit hängt die Zukunft unserer Gewerkschaft in besonderem Maß ab. “



Gabriele Berger, stv. Betriebsratsvorsitzende APS

„ Dass die Frauen in der PRO-GE einen so hohen Stellenwert haben, ist immens wichtig. Ohne Gewerkschaft würde bei der Einkommensgerechtigkeit wahrscheinlich gar nichts weitergehen. “



Rainer Wimmer begrüßte Bundeskanzler Werner Fayman bei der Eröffnungsfeier.

viele ArbeitnehmerInnen glauben“. Der Bundespräsident erinnerte an den Gründungsgewerkschaftstag der PRO-GE und die trotz des Zeitpunkts mitten in der Krise positive, optimistische Stimmung. „Die PRO-GE hat in diesen vier Jahren beweisen können, wie wichtig Gewerkschaften sind.“



Bernhard Steinberger, BRV Schweighofer Fiber

„ Was für mich einen erfolgreichen Gewerkschaftstag ausmacht ist die Kombination aus interessanten Referaten und die Vernetzung unter den Betriebsrätinnen und Betriebsräten. Daraus lassen sich wichtige Anregungen für die Arbeit im Betrieb mitnehmen. “

der Bundeskanzler, den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit aufzunehmen. „Eine friedliche Entwicklung auf dem Kontinent ist dauerhaft nur zu erreichen, wenn die Menschen Arbeit haben, von der sie auch leben können.“

„Europa wird sich langfristig nur als Ganzes durchsetzen“, strich auch Bundespräsident Heinz Fischer heraus und betonte die Bedeutung der Europawahlen im Frühjahr 2014. Diese seien „wichtiger, als viele Bürgerinnen und Bürger und auch



Wahlergebnis

Rainer Wimmer mit 99 Prozent wiedergewählt

Am 2. Gewerkschaftstag der Produktionsgewerkschaft wählten die Delegierten die Mitglieder des neuen Vorstandes.

Rainer Wimmer wurde mit 99 Prozent zum Bundesvorsitzenden gewählt. Neben dem 58-jährigen Oberösterreicher Wimmer wählten die Delegierten die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Renate Anderl (98,3 Prozent), Alfred Artmayer (98,5 Prozent), Günther Goach (99,3 Prozent), Karl Kapplmüller (98,8 Prozent), Paul Kovanda (96,6 Prozent), Andreas Martiner (99,3 Prozent), Hans-Karl Schaller (97,1 Prozent) und Erwin Straußberger (98,3 Prozent).

Neuer Bundesvorstand

Unmittelbar nach dem Gewerkschaftstag trat der neue Bundesvorstand zusammen. Die Mitglieder bestellten bei dieser Konstituierung die Bundessekretäre der PRO-GE: Manfred Anderle, Manfred Felix, René Schindler, Peter Schissler und Peter Schleinbach.



Deine Produktionsgewerkschaft

Die PRO-GE wurde 2009 als Zusammenschluss aus den Gewerkschaften Metall-Textil-Nahrung und Chemiearbeiter gegründet. Die Produktionsgewerkschaft vertritt mehr als 230.000 Mitglieder und verhandelt jährlich rund 140 Kollektivverträge für ArbeiterInnen in Industrie und Gewerbe. Etwa 8.000 Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie 900 Jugendvertrauensrätinnen und -räte bilden das Rückgrat der Gewerkschaft.

Die Branchen sind: Metall, Elektro, Bergbau, Energie, Chemie, Papier, Glas, Mineralöl, Textil, Bekleidung, Leder, Nahrung, Genuss, Arbeitskräfteüberlassung, Abfall- und Abwasserwirtschaft sowie Land- und Forstwirtschaft.

Mehr zu den Branchen und Kollektivverträgen unter: www.proge.at/kollektivvertrag





Interview

Der Verteilungskampf wird härter

Der wiedergewählte Bundesvorsitzende Rainer Wimmer über die große Vielfalt innerhalb unserer Gewerkschaft und die Schwerpunkte der kommenden Jahre.

Glück auf! Vier Jahre PRO-GE. Waren wir erfolgreich?

Rainer Wimmer: Die PRO-GE ist eine starke Organisation. Besonders stolz bin ich auf unsere Jugendbewegung mit rund 900 Jugendvertrauensrätinnen und Jugendvertrauensräten. Sie sind die Zukunft unserer Gewerkschaft. Wir verhandeln fast täglich Kollektivverträge und wir sind in allen Branchen sehr gut unterwegs. Dabei ist es wichtig, dass die Identität der einzelnen Branchen erhalten bleibt.

Leidet das Ganze nicht unter dieser enormen Vielfalt?

Nein, dies ist unsere Stärke. Dass mittlere und kleinere Bereiche sich auf die gesamte Organisation verlassen können, ist ein zentraler Punkt. Die Metallindustrie

steht zwar oft im Rampenlicht der Öffentlichkeit, aber den höchsten Abschluss in diesem Jahr haben wir zum Beispiel in der chemischen Industrie geschafft. Wir haben allein im ANG-Umfeld mehr als 100 Kollektivverträge, die zum Teil Bereiche abdecken, für die es in anderen Ländern schon lange keinen kollektivvertraglichen Schutz mehr gibt. Ganz Europa beneidet uns zudem um den Kollektivvertrag für die LeiharbeiterInnen.

Welche politischen Schwerpunkte stehen an?

Wir als GewerkschafterInnen haben die Aufgabe, klare Positionen zu definieren und die Anliegen der arbeitenden Menschen mit aller Kraft zu vertreten. Weitere Belastungen für ArbeitnehmerInnen lehnen wir ab. Im Gegenteil, wir brauchen etwa eine Lohnsteuersenkung. Die Steuerschlupflöcher für Reiche gehören geschlossen und Millionäre sollen mehr beitragen als bisher.

Stichwort: Frauenpensionsantrittsalter?

Der immer wieder aufkeimenden Forderung nach einer vorzeitigen Anhebung des Frauen-

pensionsantrittsalters erteilen wir eine klare Absage. Das wird auch so bleiben.

Wie schaut die Zukunft für die PRO-GE aus?

Es muss uns gelingen, den Organisationsgrad weiter zu erhöhen. 2014 wird das Jahr der Mitgliedermobilisierung. Wir werden verschiedene Maßnahmen setzen. Denn nur eine gute finanzielle Basis und starke Betriebsrätinnen und Betriebsräte geben die notwendige Schubkraft, wenn es etwa um Lohnkonflikte oder um die Durchsetzung politischer Forderungen geht. Möglichst viele Kolleginnen und Kollegen sollen an unseren Positionen mitarbeiten und mitentscheiden, wenn es „ans Eingemachte“ geht.

Bleibt die Arbeitszeit ein zentrales Thema?

Vor allem die Verteilung der Arbeitszeit wird uns auch in Zukunft vor große Herausforderungen stellen. Die Frage nach noch mehr Flexibilisierung der Arbeitszeit ist ein Verteilungskampf, der an Härte zunimmt. Für die PRO-GE ist klar: Wenn die Menschen Überstunden machen, dann sollen diese auch künftig bezahlt werden.



Das neue Arbeitsprogramm

PRO-GE fordert Lohnsteuersenkung und Reichensteuer

Als Abschluss des Gewerkschaftstages wurde das künftige Arbeitsprogramm der PRO-GE von den Delegierten beschlossen. Unter anderem fordert die Gewerkschaft eine umfassende Steuerreform, um die Lohnsteuern zu senken. Dafür ist eine Gegenfinanzierung notwendig, unter anderem etwa eine Reichensteuer.

„Wir brauchen eine spürbare Senkung des Eingangssteuersatzes. Es ist auch nicht einzusehen, dass Dividenden an Aktionäre unbegrenzt mit lediglich 25 Prozent und damit weit weniger als Einkommenszuwächse bei mittleren Einkommen besteuert werden. Wir fordern ein gerechtes und vor allem niedrigeres Lohnsteuermodell, das die Einkommen der ArbeitnehmerInnen entlastet“, sagt Rainer Wimmer, Bundesvorsitzender der PRO-GE.

LINKTIPP:

Mehr Informationen unter
www.gewerkschaftstag.at

INNOVATIV
STARK
ZIAL

Weiters fordert die Gewerkschaft, dass ungerechtfertigte Unterschiede im Arbeitsrecht endlich beseitigt werden. Es sind einheitliche Lösungen zu finden, die sich an den besten bestehenden Regelungen orientieren. Dies betrifft etwa die Unterschiede in folgenden Bereichen: Entgeltfortzahlung bei Krankheit, Gründe für Entlassungen, Arbeitsunfälle, Dauer der Kündigungsfrist und Freizeit bei Dienstverhinderung. Weitere Forderungen sind:

Der immer wieder aufkeimenden Diskussion über eine vorzeitige Anhebung des Frauempensionsalters erteilt die Gewerkschaft PRO-GE eine klare Absage. Die Anhebung des unterschiedlichen Eintrittsalters ist bereits vom Gesetzgeber beschlossen und der Prozess eingeleitet. Mangelhaft ist jedoch die Umsetzung des im Jahr 1992 beschlossenen Gleichbehandlungspaketes, vor allem was die Kinderbetreuungseinrichtungen und die Herstellung von Lohngleichheit betrifft.

Generell lehnt die PRO-GE die Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters ab. „Das Problem liegt nicht bei den Pensionsantritten, sondern bei den Arbeitsmarktchancen für Ältere und bei den ausufernden prekären Beschäftigungsverhältnissen. Es braucht daher eine Verpflichtung der Wirtschaft zur Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen und mehr altersgerechte Arbeitsplätze“, sagt Wimmer.

Arbeitszeit: Die Mitbestimmung bei der Festlegung der Arbeitszeit muss ausgebaut werden. Die Vorschläge für eine Ausdehnung der täglichen Höchstarbeitszeit lehnt die PRO-GE vehement ab. Überstunden müssen für Arbeitgeber so verteuert werden, dass die Einstellung zusätzlicher Beschäftigter attraktiver wird.

Sechste Urlaubswoche: Alle ArbeitnehmerInnen sollen nach 25 Arbeitsjahren – unabhängig von der Anzahl der Arbeitsverhältnisse – einen Anspruch auf sechs Wochen Urlaub haben.

Armutsbekämpfung: Einführung eines kollektivvertraglichen Mindestlohnes von 1.500 Euro durch sozialpartnerschaftliche Vereinbarungen auf Verbandsebene (Generalkollektivvertrag). Erhöhung der Negativsteuer und Erhöhung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld, mit dem Ziel eines existenzsichernden Einkommens.

Pensionen: Die Regelungen für Menschen mit besonders belastenden Berufstätigkeiten (SchwerarbeiterInnen) müssen verbessert und ausgebaut werden.



Hermann Seiter,
LandespensionistInnenvorsitzender NÖ

„Nicht beweinen, was nicht geht, sondern etwas tun, damit es geht! Wir sollten uns wieder mehr trauen, das heißt, direkte Antworten nach außen, denn die Arbeitgeber nehmen sich auch kein Blatt vor den Mund. Gute Ausbildung in Sozialakademie und BR-Kursen ist ein wichtiges Werkzeug, aber auch die Erfahrung von uns Älteren zu nutzen ist sinnvoll.“



Daniela Schuster,
stv. Betriebsratsvorsitzende Triumph

„Ich wünsche mir, dass die Inhalte vom Gewerkschaftstag nicht nur von Betriebsrätinnen und Betriebsräten weitergegeben werden, sondern auch von unserem Vorsitzenden an die Medien, unsere Kolleginnen und Kollegen draußen wollen das auch „von oben“ hören. Wir hatten erst vor Kurzem einmal einen höheren Abschluss in der Textilindustrie und haben uns alle gefreut, dass es auch bei uns bergauf geht. Aber das wollen die Arbeitgeber uns wieder alles wegnehmen. Wir müssen weiterkämpfen!“

Rückblick

Vier Jahre „Glück auf!“

Seit Neugründung der Produktionsgewerkschaft erscheint auch die „Glück auf!“ in neuem Layout. Die Titelseiten der letzten vier Jahre zeigen die Themenvielfalt unserer Gewerkschaft. Die Redaktion wünscht einen guten Rutsch und ein erfolgreiches Jahr 2014!





Amnesty kritisiert „alarmierendes Ausmaß an Ausbeutung“ in Katar

In einer alarmierenden Amnesty-Studie prangert die Organisation massive Verletzungen der Menschenrechte auf Baustellen des Ausrichterlandes der Fußballweltmeisterschaft 2022 an.

Kein Gehalt, keine Perspektive sowie katastrophale Wohn- und Arbeitsbedingungen – die Fakten, die Amnesty präsentiert, sind schockierend. In Massenunterkünften ohne Strom sind die Migranten nach einem kräftezehrenden Arbeitstag in brutaler Hitze demnach oftmals gezwungen, ihr Abendessen im Dunkeln einzunehmen. Die Hygienebedingungen für die meist aus armen Ländern Südostasiens stammenden ArbeiterInnen sind zum Teil indiskutabel.

www.amnesty.at



Topangebote und Ermäßigungen nur für Mitglieder

Wellness

10 bis 15 Prozent Rabatt im Falkensteiner Balance Resort, einem der besten SPAs Österreichs mit Spitzen-Kulinarik, 7551 Stegersbach

Therme

10 Prozent Rabatt auf alle Drei-, Vier- u. Fünf-Nächte-Angebote und Tankarten-ermäßigungen bei der Therme Laa, 2136 Laa a. d. Thaya

Kultur

Vom Anfänger bis zum Profi: 10 Prozent Ermäßigung auf alle Tanzkurse in der Tanzschule Chris, 1020 Wien

Einkauf

5 Prozent Rabatt auf Waren, 10 Prozent Rabatt auf Material bei Auftragserteilung beim Installateur Karl Fass GmbH, 1190 Wien

Führerschein

50,- Euro Ermäßigung auf das komplette Ausbildungspaket für alle Führerscheinklassen bei der Fahrschule Wien West, 1160 Wien

Mehr Angebote auf www.proge.at/card



Rex-Features / picturedesk.com

PRO-GE hilft: Spendeninitiative Philippinen

Walter Weber war 21 Jahre Gewerkschafts-Sekretär. Nach seiner Pensionierung verbrachte der Gewerkschafter mit seiner philippinischen Frau viel Zeit in jener Region, die jetzt vom Taifun schwer getroffen wurde. Um den Taifunopfern zu helfen, startete er eine Spendenaktion. Am 2. PRO-GE Gewerkschaftstag wurden rund 5.000 Euro gesammelt. Kollege Weber selbst wird die finanzielle Soforthilfe mittels eines Rechtsanwaltes vor Ort übergeben, um den Notleidenden rasch zu helfen. Sein Engagement garantiert, dass auch deine Spende zu 100 Prozent dort ankommt, wo Hilfe gebraucht wird.

Spendenkonto: Philippinen Weber, Allgemeine Sparkasse OÖ, BIC: ASPKAT2LXXX, IBAN: AT82 2032 0322 0235 6791

BUCHTIPP

DER ÜBERFLÜSSIGE MENSCH – UNRUHE BEWAHREN

Ein Essay zur Würde des Menschen im Spätkapitalismus. Wer nichts produziert und nichts konsumiert, ist überflüssig – so die mörderische Logik des Spätkapitalismus.

In den eindringlichen Analysen wird der Bogen von den Verheerungen des Klimawandels über die Erbarmungslosigkeit neoliberaler Arbeitsmarktpolitik bis zu den massenmedialen Apokalypsen geschlagen, die wir, die scheinbaren GewinnerInnen,

mit Begeisterung verfolgen. Doch wir täuschen uns: Es geht auch um uns. Es geht um alles.

Ilja Trojanow – Der überflüssige Mensch

Residenz, 2013, 96 Seiten, 16,90 Euro, ISBN 978-3-7017-1613-5

Erhältlich in der ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstraße 21, Tel.: (01) 405 49 98-132, E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at

SEMINARPROGRAMM 2014

Das neue Bildungsprogramm für Betriebsrätinnen und Betriebsräte ist da!



BetriebsrätInnen mit Ausbildung sind Garant für eine gute Interessenvertretung in den Betrieben. Wissen verschafft jeder Betriebsrätin und jedem Betriebsrat die Kraft, im Betrieb und mit jedem Gegenüber auf Augenhöhe die Anliegen der ArbeitnehmerInnen durchzusetzen. Die Bildungsabteilung der Gewerkschaft PRO-GE bietet für das Jahr 2014 wieder ein umfangreiches Bildungsprogramm an, das auf die Bedürfnisse der FunktionärInnen in den Betrieben abgestimmt ist.

Die Ausbildung erfolgt nach einem bewährten System. In den Seminaren wird mit den modernsten pädagogischen Methoden gearbeitet, um alle SeminarteilnehmerInnen zielorientiert auf die gewerkschaftliche Tätigkeit im Betrieb vorzubereiten bzw. das vorhandene Wissen zu festigen.

Alle Kurse und Termine finden sich im Seminarprogramm 2014 und unter

www.proge.at/bildung

Interview

ArbeitnehmerInnen muss mehr Geld im Börsel bleiben

Die Arbeiterkammerwahlen stehen vor der Tür. AK-Präsident Rudi Kaske fordert eine Steuerreform und will die Unternehmer in die Pflicht nehmen.

Glück auf!: Kollege Kaske, als AK-Präsident forderst du mehr Gerechtigkeit. Warum?

Rudi Kaske: Gerechtigkeit ist der Kompass, an dem ich mich immer orientiere. Mir geht es um Gerechtigkeit in der Arbeitswelt. Ich will mehr Respekt vor den Leistungen der ArbeitnehmerInnen und mehr gute, sichere Arbeitsplätze. Ich will auch, dass die Steuern gerechter verteilt werden und den ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmern mehr Geld im Börsel bleibt. Für unsere Jungen will ich bessere Chancen in der Bildung.

Ist eine Steuerreform finanzierbar?

Ja, man muss nur wollen. Es geht, wenn große Vermögen einen gerechten Beitrag leisten. Bisher werden die ganz großen Vermögen kaum angetastet, ArbeitnehmerInnen leisten dagegen den größten Teil zum Steuerkuchen. Das reichste eine Prozent besitzt 469 Milliarden Euro, das ist mehr als ein Drittel des gesamten Vermögens in Österreich. Da ist für mich klar: Es braucht mehr Verteilungsgerechtigkeit. Wer über eine Million Euro besitzt, kann es sich leisten, einen Teil davon als Vermögenssteuer zu zahlen.

Was sagst du zu den Rufen nach einer Erhöhung des gesetzlichen Pensionsalters?

Da gibt es von mir eine ganz klare Absage. Unsere Pensionen sind sicher – auch für die heute Jüngeren. Die ArbeitnehmerInnen haben in den letzten Jahren viele Pensionsreformen mitgemacht. Ich will keine Einschnitte mehr für die Menschen. Das sage ich auch jenen, die das Pensionsan-

trittsalter der Frauen vorzeitig anheben wollen. Die Frauen sollen sich auf das verlassen können, was man ihnen versprochen hat. Für unter 50-Jährige gilt die Angleichung des Pensionsalters ab 2024 ohnehin schon jetzt. Das reicht.

Was erwartest du dir in dieser Frage von der Wirtschaft?

Ältere ArbeitnehmerInnen sollen länger und gesund arbeiten können, da müssen endlich die Unternehmen in die Pflicht genommen werden. Es geht darum, Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Ein Bonus-Malus-System ist dafür ein wichtiger Schritt. Es gibt Betriebe mit über hundert Beschäftigten, die keine einzige Person über 55 beschäftigen. Das ist absolut inakzeptabel. Es braucht altersgerechte Arbeitsplätze und Gesundheitsförderung in den Betrieben. Das gesetzliche Pensionsalter darf aber nicht angehoben werden, das wäre angesichts der Situation am Arbeitsmarkt zynisch.

Dir geht es um Respekt vor den Leistungen der ArbeitnehmerInnen. Was heißt das für dich?

Ein Beispiel: Im vergangenen Jahr haben die Beschäftigten rund 300 Millionen Überstunden geleistet. 69 Millionen davon wurden aber nicht bezahlt. Das muss abgestellt werden. Es ist ungerecht für jeden einzelnen, der für seine Arbeit kein Geld bekommt. Und umgerechnet: Würde jede bislang unbezahlte Überstunde beschäftigungswirksam werden, würde das eine Arbeits-



marktchance von rund 40.000 Jobs bedeuten. Das heißt, ich erwarte mir von den Betrieben Fairness und dass sie ihren Beitrag leisten – bei den Lehrstellen für die Jungen ebenso wie bei den altersgerechten Arbeitsplätzen für die Älteren.

AK / Renee DelMissier

AK-Wahl 2014

2014 findet in Österreich die Arbeiterkammerwahl statt. Wir ArbeitnehmerInnen entscheiden, wer unsere Interessen in den nächsten fünf Jahren vertritt. Gemeinsam mit Gewerkschaften und ÖGB setzt sich die AK für unsere Interessen ein.

Alle Infos zur AK-Wahl unter www.arbeiterkammer.at/wahl.

Bundesland	Wahltermine
Vorarlberg	27.1.–6.2.2014
Salzburg	27.1.–7.2.2014
Tirol	27.1.–7.2.2014
Kärnten	3.3.–12.3.2014
Wien	11.3.–24.3.2014
Oberösterreich	18.3.–31.3.2014
Steiermark	27.3.–9.4.2014
Burgenland	31.3.–9.4.2014
Niederösterreich	6.5.–19.5.2014



Lautstarker Protest: Durch Kundgebungen und Betriebsversammlungen wurde enormer Druck aufgebaut.

Kollektivvertrag Metallindustrie und Bergbau

Solidarität zahlt sich aus

Es waren harte Verhandlungen heuer. Erst nach sieben Wochen und 21 Verhandlungsrunden konnte das Ziel eines einheitlichen Kollektivvertrages und eines einheitlichen Lohn- und Gehaltsabschlusses für alle Beschäftigten der Metallindustrie erreicht werden. Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie Gewerkschaft waren enorm gefordert.

Druck aus den Betrieben. In den Tagen und Wochen davor wurde aus den Betrieben enormer Druck aufgebaut. Es wurden rund 300 Betriebsversammlungen abgehalten und am 21. Oktober gab es große und lautstarke Protestkundgebungen in Weiz, Wolkersdorf und Hohenems, die auf beachtliches mediales Echo stießen. Nur sieben Stunden vor Streikbeginn einigten sich die Gewerkschaften und der Fachverband der Maschinen- und Metallwarenindustrie (FMMI).

Ende der Marathonverhandlungen. „Der enorme Druck aus den Betrieben war ausschlaggebend, dass wir doch noch auf dem Verhandlungsweg erfolgreich waren“, so PRO-GE Chef Rainer Wimmer. Mit der Einigung in der Gießereindustrie am 7. November als letztem der sechs Fachverbände waren schließlich die KV-Marathon-

Die Streikvorbereitungen in den Betrieben liefen bereits auf Hochtouren, als die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp sowie der Fachverband der Maschinen- und Metallwarenindustrie (FMMI) einen letzten Versuch starteten, sich am Verhandlungstisch zu einigen. Nach elf Stunden gelang es den Gewerkschaften schließlich, das Thema Arbeitszeitflexibilisierung und die Einkommenserhöhungen zu entkoppeln und den ersten Abschluss bei den Kollektivvertragsverhandlungen für die Metallindustrie zu erzielen.



verhandlungen in der Metallindustrie 2013 endgültig abgeschlossen.

Knackpunkt Arbeitszeit. Eine harte Nuss, die es allerdings noch zu knacken gilt, ist die Arbeitszeit. Während die PRO-GE auf Zuschläge pocht, will die Unternehmerseite möglichst viele Arbeitszeitregelungen auf Betriebsebene verlagern. „Die Rahmenbedingungen für Überstunden müssen weiterhin im KV festgelegt werden, sonst geraten Betriebsrätinnen und Betriebsräte unter gro-

ßen Druck und die Beschäftigten wären der Willkür der Arbeitgeber ausgeliefert“, steht für Wimmer fest.

Gespräche bis Ende Juni 2014. Die PRO-GE wird nun mit allen Fachverbänden Gespräche zur Arbeitszeit aufnehmen. Bis Ende Juni 2014 soll über alle Aspekte geredet und verhandelt werden. Bei zufriedenstellenden Ergebnissen werden diese im Kollektivvertrag festgehalten.

Danke für das Engagement. „Dass sich Solidarität bezahlt macht, haben die Verhandlungen heuer wieder einmal gezeigt“, so Rainer Wimmer. „Der erfolgreiche Abschluss ist zu einem großen Teil dem Engagement der Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie der Mitglieder zu verdanken. Dafür ein aufrichtiges Danke!“

Erst nach sieben Wochen Marathonverhandlungen wurde das Ziel eines einheitlichen Kollektivvertrages erreicht.

KV-Verhandlungen Metallindustrie 2013 in Zahlen

- 180.000 Beschäftigte
- 6 Fachverbände
- 21 Verhandlungsrunden
- 7 Wochen Verhandlungsdauer
- 120 Verhandlungsstunden
- 300 Betriebsversammlungen
- 3 Protestkundgebungen



Ab 1. September:

Brauindustrie: KV-Löhne +2,7 Prozent, neuer Mindestlohn 1.569,29 Euro; Überzahlung +2,7 Prozent, Prämien (Provisionen) +2,4 Prozent, Lehrlingsentschädigungen +2,7 Prozent, der Hausrundpreis für 2014 bleibt in seiner bestehenden Höhe unverändert.

Ab 1. Oktober:

Großbäcker: KV-Löhne +2,7 Prozent, neuer Mindestlohn 1.418,60 Euro; Lehrlingsentschädigungen +2,7 Prozent, alle Zulagen laut Lohnvertrag +2,7 Prozent.

Ab 1. November:

Metallindustrie und Bergbau: KV- und Ist-Löhne in Beschäftigungsgruppe A +3,2 Prozent, B +3,0 Prozent, C +2,9 Prozent, D +2,85 Prozent, E +2,8 Prozent, F +2,7 Prozent, G +2,6 Prozent, neuer Mindestlohn 1.688,71 Euro; Lehrlingsentschädigung +2,85 Prozent, Zulagen und Aufwandsentschädigungen +2,1 Prozent

Ab 1. Dezember:

Obst-, Gemüseveredelungs- und Tiefkühlindustrie: KV-Löhne +2,6 Prozent, neuer Mindestlohn 1.558,11 Euro; Begünstigungsklausel für die Beibehaltung bei Überzahlung; Lehrlingsentschädigungen +2,6 Prozent, Zehrgelder +2,6 Prozent, Weihnachtsremuneration wird mit dem höheren Lohn nachverrechnet.

Suppenindustrie: KV-Löhne +2,6 Prozent, neuer Mindestlohn 1.522,82 Euro; Überzahlungen bleiben aufrecht; Lehrlingsentschädigungen +2,6 Prozent, Dienstalterszulagen +2,6 Prozent, Weihnachtsremuneration ist mit den neuen Lohnsätzen zu berechnen.

Alkoholfreie Erfrischungsgetränkeindustrie: KV-Löhne +2,5 Prozent, neuer Mindestlohn 1.606,54 Euro; die euromäßigen Überzahlungen bleiben voll aufrecht; Lehrlingsentschädigungen +2,5 Prozent, Dienstalterszulagen, Verkaufsprovisionen und Zehrgelder +2,5 Prozent, Weihnachtsremuneration wird mit den neuen Lohnsätzen verrechnet bzw. nachverrechnet.

Ab 1. Jänner:

Metallgewerbe: KV-Löhne +2,75 Prozent, neuer Mindestlohn 1.672,33 Euro; Ist-Löhne +2,6 Prozent, Lehrlingsentschädigungen +2,75 Prozent, Zulagen und Aufwandsentschädigungen +2,1 Prozent.

Gablonzer Industrie und Gewerbe: KV-Löhne 2,5 bis 3,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.146,58 Euro.

ForstarbeiterInnen in der Privatwirtschaft: KV-Löhne +2,9 Prozent, neuer Mindestlohn 1.535,44 Euro; Vergütung für motormanuelle Schlägerei +2,9 Prozent, Motorsägenanschaffungspauschalien +2,2 Prozent.

Alle KV-Abschlüsse der PRO-GE: www.lohnruenden.at

Stürmische Zeiten in Schottland

Unite kämpft um den Erhalt einer Raffinerie

Dass das schottische Wetter durchaus rau ist, ist jedem Loch-Ness-Touristen wohlbekannt. Inzwischen hat sich das raue Klima auch auf die schottische Industrielandschaft ausgeweitet. Denn „Unite – the Union“, die größte Industriegewerkschaft der Insel, kämpft um den Erhalt einer der wichtigsten Industrieregionen Schottlands. Ein Bericht über den neoliberalen Kahlschlag.

LINKTIPP:

Mehr Informationen unter www.unitetheunion.org/

Seit 1924 wird in Grangemouth (Mittelschottland) industriell produziert. Der Raffinerie- und Petrochemiekomplex im Ort liefert einen Großteil des in Schottland, Nordirland und Nordengland verwendeten Benzins. Er ist einer von nur noch sieben solchen Industriekomplexen auf der britischen Insel und trägt einen dementsprechend wichtigen Teil zum BIP Schottlands bei. Ursprünglich in Besitz von BP, wurde das Werk vor einigen Jahren an den Schweizer Konzern Ineos verkauft. Hauptaktionär von Ineos ist

Jim Ratcliff, einer der reichsten Briten, der jedoch seinen Wohnsitz steuerschonend in der Schweiz hat und sich damit geiziger zeigt, als selbst der schottische Ruf erlaubt.

Jobs in Gefahr. Der Eigentümer Ineos kündigte an, das Unternehmen aus wirtschaftlichen Gründen schließen zu wollen. Damit wären rund 800 Arbeitsplätze direkt und 600 weitere Jobs im Umfeld in Gefahr gewesen – eine Katastrophe für die Industrieregion. Die angekündigte Werkschließung war in Wahrheit jedoch ein Vorwand, um ArbeitnehmerInnenrechte und die starke Gewerkschaftsorganisation Unite zu schwächen, die bereits im Vorfeld lautstark für die Interessen der ArbeitnehmerInnen kämpfte, was zu Konflikten im Unternehmen führte.

Medialer Druck. Der mediale Druck auf die Gewerkschaft wurde derart erhöht, dass sie gezwungen war, avisierte Kampfmaßnahmen einzustellen und einem neuen Unternehmenstarifvertrag zuzustimmen. Die deutlich schlechteren Bedingungen für die ArbeitnehmerInnen bedeuten: Einfrieren der Löhne auf drei Jahre, Kürzungen bei Zulagen und Betriebspensionen sowie Verzicht auf Arbeitskämpfmaßnahmen. Eine Schließung ist damit vom Tisch, das Ziel der Arbeitgeber, ArbeitnehmerInnenrechte einzuschränken, neoliberale Ideen zu verwirklichen und Gewerkschaften zu schwächen, wurde erreicht. Trotz Intervention der

schottischen Regierung und von Politikern musste Unite einwilligen.

In Geiselhaf der Arbeitgeber. Unite-Gewerkschafter Andrew Brady kritisiert auch die Rolle der Medien. Einseitige Berichterstattung erhöhte den Druck auf die Gewerkschaften und schürte die Angst unter den Beschäftigten. „Der Grangemouth-Fall ist ein Spiegelbild dafür, wie Arbeitgeber Regierung und GewerkschaftsvertreterInnen in Geiselhaf nehmen und wie sehr in Großbritannien ArbeitnehmerInnenrechte und der soziale Dialog unter der neoliberalen Regierung Cameron geschwächt wurden“, so Brady.

Ungleicher Kampf. Der Generalsekretär von Unite, Len McCluskey, hat in einem Blog der britischen Zeitung „The Guardian“ den Fall kommentiert: „Grangemouth zeigt, welchen ungleichen Kampf die Gewerkschaften heutzutage führen müssen. Selten hat ein Arbeitskonflikt so viel über unsere Gesellschaft ausgesagt, wie der nun beendete Kampf um die Zukunft der Grangemouth-Raffinerie. Jahrelang hat der Gesetzgeber in Großbritannien versucht, die Gewerkschaften zu schwächen, öffentliches Eigentum von einem neoliberalen Dogma des freien Marktes infrage stellen lassen und eine selbstgefällige Elite an die Macht gebracht, die sich nicht durch Leistungen in der Wirtschaft oder Gesellschaft hervortut, sondern deren größte Leistung es ist, Politikern ihren Willen aufzuzwingen.“

Arbeitskräfteüberlassung

Alle Jahre wieder?

Die Feiertage fallen heuer für ArbeitnehmerInnen besonders günstig. LeiharbeiterInnen wurden in der stillen Zeit jedoch oft „stempeln geschickt“. In diesem Jahr wird die PRO-GE besonders genau darauf schauen, dass LeiharbeiterInnen Weihnachten bezahlt bekommen!

LINKTIPP:

Das PRO-GE Informationsportal für LeiharbeiterInnen:
www.leiharbeiter.at

Drei Wochenenden, vier Feiertage und der 24. Dezember und Silvester sind für viele ArbeitnehmerInnen auch arbeitsfrei: In diesem Fall bleiben heuer in den 17 Tagen von 21. Dezember bis 6. Jänner gerade einmal fünf Arbeitstage übrig. In vielen Betrieben ist wenig los, entsprechend geht auch der Bedarf an Leiharbeitskräften zurück. Für viele LeiharbeiterInnen bedeutet das, in dieser Zeit an die Überlasserfirmen „zurückgestellt“ zu werden. „Diese Stehzeiten hat die Leiharbeitsfirma zu zahlen“, stellt René Schindler, Bundessekretär der PRO-GE klar. „Die in diesem Fall allzu beliebte ‚Abmeldung‘ ist gesetzlich verboten.“

Betriebsferien: auch für LeiharbeiterInnen. Wird im Einsatzbetrieb während der Feiertage gleich gar nicht aufgesperrt und den Beschäftigten frei gegeben, greift heuer erstmals die seit Jahresbeginn gültige Neuregelung des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes. Für Arbeitszeit und Urlaub gelten dadurch für LeiharbeiterInnen zusätzlich zum Kollektivvertrag auch alle Regelungen im Beschäftigterbetrieb. Bei Betriebsferien müssen also auch LeiharbeiterInnen frei bekommen, ohne dass die Überlassung unterbrochen wird. Gleiches Recht für LeiharbeiterInnen gilt übrigens auch, wenn im Einsatzbetrieb weitergearbeitet wird, aber der 24. und 31. Dezember arbeitsfrei sind oder an den Tagen davor früher Schluss ist.

Stehzeiten sind zu bezahlen. Stellt der Beschäftigterbetrieb seine Arbeit zu Weihnachten „auf Sparflamme“ und unterbricht deshalb die Überlassung, müssen LeiharbeiterInnen in dieser Zeit von ihrer Überlasserfirma bezahlt werden. Sie können auch nicht von ihrem Arbeitgeber gezwungen werden, für überlassungsfreie Tage Urlaub zu nehmen. „Der Kollektivvertrag regelt die Ansprüche bei Stehzeiten ganz eindeutig“, stellt Schindler klar. LeiharbeiterInnen in solchen Fällen „stempeln zu schicken“ ist gesetzlich ausdrücklich verboten. „Wird das Dienstverhältnis mit 20. oder 23. Dezember auf-



Von der Leiharbeitsfirma „über die Feiertage abgemeldet“? Das ist ungesetzlich. Die PRO-GE holt dir dein Geld, wenn's trotzdem passiert!

gelöst und ab 7. Jänner im selben Betrieb wieder gearbeitet, liegt eindeutig ein Gesetzesverstoß vor“, sagt der PRO-GE Bundessekretär.

Schenk' dein Geld nicht her! Betroffenen rät Schindler, umgehend die PRO-GE zu kontaktieren. Für Befürchtungen, vom Arbeitgeber deswegen benachteiligt zu werden, besteht in diesem Fall kein Grund. „Wir haben drei Jahre Zeit, die Ansprüche geltend zu machen“, erläutert Schindler. „Gemeinsam sichern wir sofort die nötigen Beweise und können dann einen günstigeren Zeitpunkt abwarten. Das vorenthaltene Geld holen wir dir auf jeden Fall zurück!“

Arbeitslose Weihnachten?

LeiharbeiterInnen, deren Dienstverhältnis während der Weihnachtsfeiertage gesetzeswidrig unterbrochen wurde, hilft die PRO-GE Rechtsabteilung unter der Tel.-Nr. 01/534 44-69142 bzw. per E-Mail an recht@proge.at.



Pflegekarenz und Pflegezeit

Neue Möglichkeiten bei Pflegebedarf

ArbeitnehmerInnen können künftig in Pflegekarenz oder Pflegezeit gehen. Ein Vorteil der neuen Regelung gegenüber bisherigen Möglichkeiten ist vor allem die Absicherung durch das Pflegekarenzgeld.

LINKTIPP:

Broschüre zum Thema inkl. Mustervereinbarung auf www.proge-frauen.at

Ab 1. Jänner besteht die Möglichkeit, zur Betreuung naher Angehöriger für ein bis drei Monate in Pflegekarenz oder -teilzeit zu gehen. „Sich um pflegebedürftige Angehörige zu kümmern, bleibt leider immer noch vor allem den Frauen überlassen“, erläutert Renate Anderl, Bundesfrauenvorsitzende der PRO-GE. Für die PRO-GE Frauen ist daher wesentlich, dass die neue Regelung nicht als Anreiz missverstanden wird, Frauen aus dem Erwerbsleben zu drängen. „Im Gegenteil soll damit

die Möglichkeit geschaffen werden, kurzfristigen Pflegebedarf abzudecken und eine dauerhafte Betreuung zu organisieren, ohne den Job aufgeben zu müssen“, sagt Anderl.

Forderung nach Rechtsanspruch. Allerdings besteht kein Rechtsanspruch auf Pflegekarenz oder -teilzeit. „Dass die Betroffenen weiterhin vom guten Willen des Arbeitgebers abhängig sind, widerspricht der eigentlichen Intention. Hier muss der Gesetzgeber dringend nachbessern“, fordert Anderl. Pflegekarenz/-teilzeit kann einmal für eine zu betreuende Person ab Pflegestufe 3 in Anspruch genommen werden, bei Demenz oder Minderjährigen ab Pflegestufe 1. Voraussetzung ist ein Arbeitsverhältnis von mindestens drei Monaten und eine schriftliche Vereinbarung mit dem/der ArbeitgeberIn. Nur bei einer wesentlichen Verschlechterung ist einmalig eine neuerliche Vereinbarung möglich. Fällt der Pflegebedarf weg, besteht ein Recht auf vorzeitige Rückkehr in das Arbeitsverhältnis.

Kritik an fehlendem Kündigungsschutz. Eine Aufteilung auf mehrere Abschnitte ist nicht zulässig, ebenso wenig ein Wechsel zwischen Karenz und Teilzeit. Bei Pflegezeit

zeit muss die Arbeitszeit mindestens zehn Wochenstunden betragen, ein „Stufenplan“ mit variablen Arbeitszeiten ist nicht möglich. Im Gegensatz zur Pflegezeit wird Pflegekarenz bei dienstzeitabhängigen Ansprüchen und Sonderzahlungen nicht berücksichtigt. Neben dem fehlenden Rechtsanspruch ist das Fehlen eines Kündigungsschutzes ein zweiter großer Kritikpunkt der PRO-GE am neuen Gesetz. Eine Kündigung wegen der Pflegekarenz oder -teilzeit ist allerdings nicht erlaubt und kann aufgrund des unzulässigen Motivs angefochten werden.

Absicherung durch Pflegekarenzgeld. „Der große Vorteil der neuen Regelung gegenüber den bisherigen Möglichkeiten für Karenzierung oder Teilzeit ist die Absicherung durch das Pflegekarenzgeld“, erläutert Anderl. Neben dem teilweisen Ausgleich des Einkommensverlustes, bleibt dadurch auch der Schutz der Sozialversicherung erhalten. Pflegekarenzgeld gebührt in Höhe des Arbeitslosengeldes plus gegebenenfalls Kinderzuschlag. Bei Teilzeit richtet sich der Anspruch aliquot nach dem Einkommensausfall. Wer also z. B. nur mehr das halbe Einkommen bezieht, erhält 50 Prozent des vollen Pflegekarenzgeldanspruchs.



Alles, was Recht ist

Die Geschichte vom Weihnachtsgeld

Alle Jahre wieder gibt es Weihnachtsgeld. Doch nicht das Gesetz beschert das freudige Zusatzeinkommen. Was viele nicht wissen: Anspruch, Höhe und Fälligkeit werden im Kollektivvertrag geregelt.

LINKTIPP:

Mehr Infos unter
www.proge.at/recht

So wie Kinder

an den Weihnachtsmann oder das Christkind glauben, sind viele Erwachsene der Meinung, das Weihnachtsgeld sei gesetzlich geregelt. Doch die beiden Sonderzahlungen – so die offizielle Bezeichnung für das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld – sind genauso wenig ein gesetzlicher Anspruch, wie sie Geschenke sind. Denn für das Extra auf dem Konto zweimal jährlich sorgt der jeweilige Kollektivvertrag. Und Kollektivverträge gibt es wiederum nur, weil es Gewerkschaften gibt.

Höhe des Weihnachtsgeldes. Die Höhe der Sonderzahlung hängt vom

gültigen Kollektivvertrag ab. Meistens beträgt das Urlaubs- oder Weihnachtsgeld einen Monatslohn. In manchen Fällen kann es weniger sein. Wenn es im Kollektivvertrag vereinbart ist, müssen auch regelmäßig geleistete Überstunden und Prämien im Urlaubs- oder Weihnachtsgeld berücksichtigt werden.

Wann wird ausbezahlt? Die Fälligkeit hängt ebenfalls vom jeweiligen Kollektivvertrag ab. Das Weihnachtsgeld wird meist im November oder Dezember ausbezahlt. Manche Branchen zahlen Urlaubs- und Weihnachtsgeld nicht an zwei, sondern an vier Terminen aus.

Das volle Weihnachtsgeld oder aliquot. Ist ein/eine ArbeitnehmerIn das ganze Kalenderjahr im Betrieb beschäftigt, erhält er/sie das volle Weihnachtsgeld. Bei Ein- und Austritt im laufenden Kalenderjahr wird das Weihnachtsgeld nur aliquot, also nur der jeweilige

Anteil ausbezahlt. Für Zeiten von Karenzurlaub, Präsenz- oder Zivildienst gebührt kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld.

Weniger als Urlaubsgeld? Obwohl Urlaubs- und Weihnachtsgeld in Bruttobeträgen gleich hoch sind, bleibt beim Weihnachtsgeld im Dezember netto oft weniger im Börsel. Das liegt an steuerlichen Regelungen.

Starker Kollektivvertrag. Nicht das Gesetz regelt Ansprüche auf Sonderzahlungen, sondern Gewerkschaften erreichen diese durch Kollektivverträge. Gewerkschaften setzen sich aktiv für die Beschäftigten aller Branchen ein, um das Weihnachts- und Urlaubsgeld zu vereinbaren. Dabei zeigt sich immer wieder: Je besser sich die ArbeitnehmerInnen organisieren, umso besser sind auch die Regelungen in ihren Kollektivverträgen. Und das betrifft weit mehr als Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

GEWINNSPIEL: KEIN PACKERL IM SACKERL

Ist das Weihnachtsgeld gesetzlich verankert oder wird es im Rahmen der Kollektivverträge verhandelt? Die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) verlost unter allen teilnehmenden Gewerkschaftsmitgliedern 1 x 500 Euro und 5 x 100 Euro.

Mitmachen bis 31. Jänner 2014
unter www.oegj.at.

Die ExpertInnen der PRO-GE Rechtsabteilung helfen bei rechtlichen Fragen unter der Tel.-Nr. 01/534 44-69142 bzw. per E-Mail an recht@proge.at gerne weiter.

2014

www.proge.at/urlaub

Sonnenskilauf

im Hotel **Bad Hofgastein**



VON SONNTAG
6. APRIL 2014
BIS SAMSTAG
12. APRIL 2014

Leistungen

- ✓ REICHHALTIGES FRÜHSTÜCKSBUFFET
- ✓ ABENDBUFFET ODER WAHLWEISE MITTAGESSEN
- ✓ FREIE BENÜTZUNG VON SAUNA & DAMFBAD IM HAUS
- ✓ FREIER EINTRITT IN DIE ALPENTHERME GASTEIN (mit Relax-, Family-, Sauna- & Ladies World)
- ✓ 5 TAGES-SKIPASS DER SPORTWELT AMADE

Die Therme ist bequem durch einen unterirdischen Verbindungsgang direkt vom Hotel Bad Hofgastein aus im Bademantel erreichbar. Die Gratisbenutzung der Alpentherme Gastein beginnt mit der Entgegennahme des Zimmerschlüssels ab 15:00 Uhr und endet am Abreisetag um 08:00 Uhr.

Irrtum sowie Satz- und Druckfehler vorbehalten!
Foto: GASTEINERTAL TOURISMUS GMBH
Stand: November 2013

Pauschalpreise

6 Nächte / Halbpension:

PRO-GE Erwachsene	€	578,00
ÖGB Erwachsene	€	668,00
Nichtmitglieder Erwachsene	€	803,00

Preise pro Person inkl. aller Steuern exkl. Kurtaxe/Ortstaxe

Kinder vor dem 6. Geburtstag logieren frei im Zimmer der Eltern. Aufzahlung Halbpension für Kinder von 4 - 5 Jahren € 10 pro Nacht (Stichtag ist jeweils der 4. bzw. 6. Geburtstag). Ab dem 18. Geburtstag ist der Preis für Erwachsene zu bezahlen. Aufzahlung für Einzelpersonen im Doppel- bzw. Mehrbettzimmer sowie Kinder und Jugendliche im eigenen Zimmer € 9 pro Nacht.

Anmeldung: PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH

1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Telefax (01) 53 444-103211, E-Mail: urlaub@proge.at

Reservierung & Information Telefon (01) 53 444-69707 DW

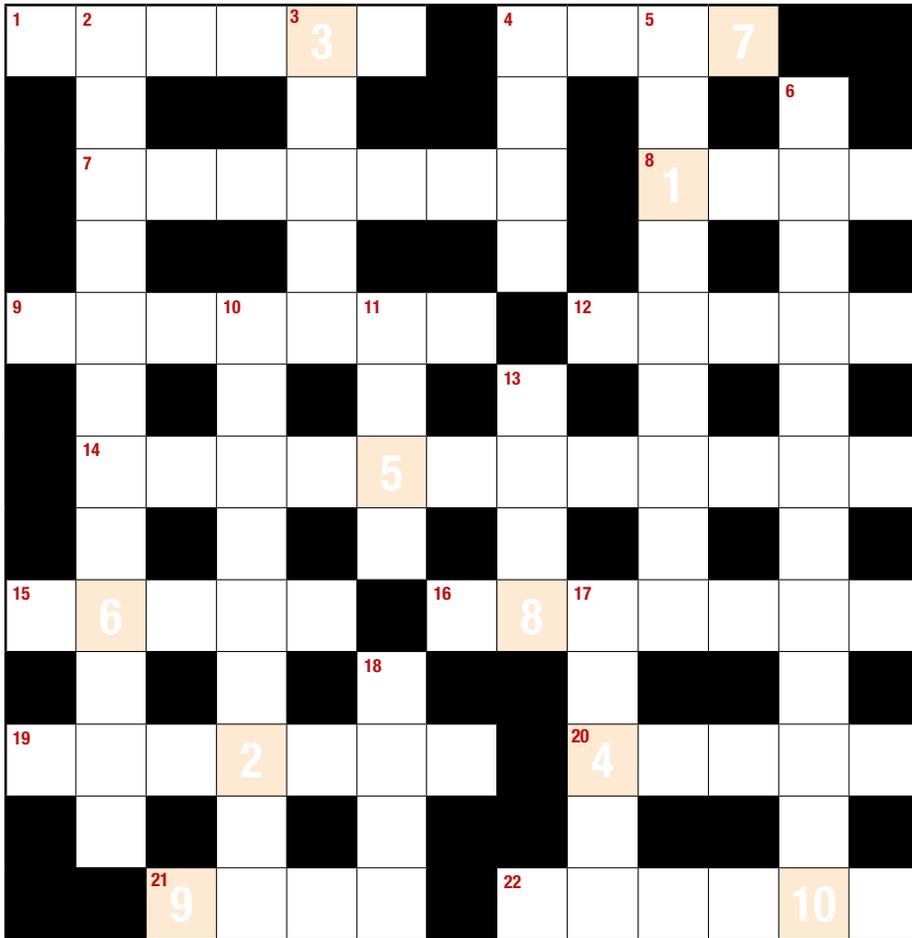
**PRO-GE**
Urlaub & Seminar GmbH

Preisrätsel



Zu gewinnen gibt es:
zwei praktische PRO-GE Trolleys

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht eine Lösung wie vom Präsenteteller.



Schicke das Lösungswort mit **Namen, Mitgliedsnummer und Adresse** bis 17. Jänner 2014 an **PRO-GE**, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (bitte ausreichend frankieren) oder per Mail an glueckauf@proge.at

Waagrecht:

- 1 In neuem Gewand: Wo das draufsteht, soll keine Verschlechterung drin sein, lesen wir auf S. 6
- 4 Trendiger Begriff, ist in der Textilbranche immer „in“
- 7 Um das Beet eine *Runde* machen, ist das A und O im Parque
- 8 Zahl, bitte! – Altersangabe für PRO-GE, quasi noch in Kinderschuhen (siehe S. 6/7)
- 9 Wenn wir Wäsche waschen, Schwemmarbeit zum Schluss
- 12 Hier(in) fließt Blut – ganz ohne Wunden (Mz.)
- 14 Traumhaftes im Dezember: „Das Auto niemals nach Genuss von Punsch lenken! / Und beim Brief ans Christkind übt man –“
- 15 Ein Dings, schreib's hier von rechts nach links
- 16 Ein Datum nennt zu diesem Wort man für den Weg zum Urlaubsort
- 19 Alles, was fair ist: So soll das Lohnsteuermodell sein (siehe S. 10/11)
- 20 Fischiger Typ: namentlich wirkt der Kaviarlieferant lästig
- 21 Wer weiß(!), was zum How gehört?
- 22 Hose, aber kein Beinkleid: worin Bermuda-Typen derzeit nur im Hallenbad gut dastehen

Senkrecht:

- 2 Eine Frage der Abstimmung: Stell dir vor, die sind im Frühjahr 2014, und wir alle gehen hin (siehe S. 6/7)
- 3 Laut Danzer tummeln sich damit Dodel auf der Piste?
- 4 Neu auf deutschen Autobahnen – aber nur für Ausländer?
- 5 Auf S. 10 ausgeschüttet: Es wiegt die Steuerlast nicht schwer/ auf dem Gewinn vom Aktionär (Ez.)
- 6 Bei der Party geht's am Arbeitsplatz (nicht mehr?) feierlich zu
- 10 Vorratsame Vorgangsweise vor dem Frost: Was tun mit dem Sack Erdäpfel?
- 11 Das Test-Tier aus der Tundra findest du in der SELCHKAMMER
- 13 Biblische Bezeichnung fürs Paradeisgartl
- 17 So knackig mag die Knusperhexe ihr Kaisersemmel?
- 18 Schau, Schau: Mach dir hier eine Vorstellung – vom Entertainment-Business

Rätsel: Vera Ribarich

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe **GLÜCK AUF!: SPIELEFEST**

Der Gewinner der Ausgabe 4/2013 GLÜCK AUF!
Erwin Polzhofer, 8225 Pöllauberg



Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund
und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

_____/_____/_____
Straße/Gasse Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür

Postleitzahl Ort

Besten Dank

OGB

kika

Leiner
Der Leiner ist meiner.

GRATIS*
LIEFERUNG UND
MONTAGE

BEI EINEM MÖBEL-EINKAUF
AB 1.000,-

Nur kurze Zeit
bis 31. Jänner 2014